



DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Faktenwissen Ungarn

Ungarn und der Wiederaufbaufonds der Europäischen Union

Kristóf Schlegl

Nr.: 2022/05

Inhaltsverzeichnis

1. Einleitung.....	1
2. Geschichtliche Entwicklung der ungarischen Wirtschaft von 1949 bis 1990	1
2.1. Wirtschaftliches Missmanagement vor 1956	1
2.2. Hohe Defizite führen zu Reformwellen.....	1
2.3. Hohe Defizite führen zu Reformwellen.....	3
2.4. Nationale Souveränität und Staatsverschuldung	5
3. Ungarn und die Recovery and Resilience Facility (RRF)	6
3.1. Politisierung der Verhandlungen	7
3.2. Verhandlungen zum MFR aus ungarischer Perspektive.....	8
Literaturverzeichnis.....	11

1. Einleitung

Im Fokus des vorliegenden Artikels steht der ungarische Beitrag für den Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027 der EU. Zum besseren Verständnis der ungarischen Überlegungen werden einige Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs bis heute vorangestellt. Dabei werden die wirtschaftlichen Prozesse in drei Phasen: 1947-1956; 1956-1989 und ab 1990 zusammengefasst.

2. Geschichtliche Entwicklung der ungarischen Wirtschaft von 1949 bis 1990

2.1. Wirtschaftliches Missmanagement vor 1956

In Ungarn wurde ab 1947 eine staatliche Planwirtschaft stalinistischer Prägung mit einer Verstaatlichung der Banken, Bergwerke und Schwerindustrie durchgesetzt. Im Mittelpunkt stand dabei ein „Dreijahresplan der ungarischen Volkswirtschaft“¹ eingeführt, der unter anderem eine Enteignung von Betrieben mit mehr als 10 Arbeitern vorsah. Die eingeführten Planziele betonten Quantität zu Lasten der Qualität, fokussierten sich auf die Schwerindustrie und vernachlässigten die Landwirtschaft und die Steigerung des Lebensstandards der Bevölkerung. Im Zuge der Kollektivierung wurden auch landwirtschaftliche Produktionsgenossenschaften gegründet. Der offizielle „Erfolg“ des ersten Planjahres 1950 zeigte sich in einer allgemeinen Verschlechterung der Wirtschaftslage. Die Wirtschaftsstrategen verloren dabei zunehmend die Übersicht, Planziele wurden illusorisch hochgeschraubt und noch mehr Fokus auf die Schwerindustrie auf Kosten der Konsumgüterindustrie und der Landwirtschaft gelegt. Das einstige Agrarexportland Ungarn musste Lebensmittel einführen. Das Realeinkommen und der Lebensstandard der Bevölkerung erreichten ein bedrohlich niedriges Niveau.²

2.2. Hohe Defizite führen zu Reformwellen

Nach dem ungarischen Volksaufstand 1956 wurde das System der Planwirtschaft gelockert; bei der Zuweisung der Investitionen wurden der Landwirtschaft und der Konsumgüterindustrie größeres Gewicht eingeräumt. Der Schwerpunkt bei der Industrialisierung wurde weg von der Schwerindustrie (Bergbau, Metallurgie und Stromerzeugung) hin zu der weniger energie- und

¹ (Nemschak 1947), S. 14.

² Ebd., S. 17-21.

materialaufwändigen Verarbeitungsindustrie – wie Maschinenbau und chemische Industrie – verlagert.³

Nach anfänglich kräftigem Wirtschaftswachstum zeigte sich rasch ein altes Problem: die geringe Qualität der produzierten Waren. Dies hatte Absatzschwierigkeiten vor allem im Ausland zur Folge. Außerdem musste die durch gestiegene Reallöhne erhöhte Inlandsnachfrage durch vermehrte Importe befriedigt werden. 1966 verkündete das Zentralkomitee der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) die Pläne des Parteichefs János Kádár für eine umfassende Wirtschaftsreform. Dieser „Neuer Wirtschaftsmechanismus (Új gazdasági mechanizmus)“ wurde am 1. Januar 1968 offiziell in Kraft gesetzt. Angestrebt wurde vor allem eine stärkere Dezentralisierung, um die Ineffizienz der zentralen Planung zu überwinden. Der neue Mechanismus bedeutete eine Abkehr vom sowjetischen Wirtschaftssystem der obligatorischen Planziele hin zu einer am Gewinn orientierten Unternehmenspolitik. Das neue Wirtschaftsdenken bedeutete eine signifikante Reform des Wirtschaftssystems. Sie legte die Grundlagen für wettbewerbliche Marktbeziehungen zwischen den Unternehmen, gab den Preisen ihre optimale Allokation der Ressourcen zurück. Ziel war die Ausweitung weiterer Investitionen⁴ durch eine Gewinnmaximierung.

Im Jahr 1968 wurden in der Tschechoslowakei unter der Führung des Generalsekretärs der tschechoslowakischen kommunistischen Partei, Alexander Dubček, umfangreiche Reformpläne zu Liberalisierung und Demokratisierung vorgelegt. Mit Unterstützung der Partei wurde in dem mitteleuropäischen Land eine offene und freie Debatte über den Sozialismus geführt. Diese Prozesse wurden von der sowjetischen Führung als gefährlich für die Einheit der Ostblockstaaten eingestuft. Es folgte eine militärische Intervention, die den Reformprozess abrupt beendete. Ungarn war als Teil des Warschauer Pakts dazu verpflichtet, an dem Einsatz teilzunehmen. Die ungarische Führung versuchte zunächst politisch zu vermitteln, beteiligte sich dann aber an der militärischen Intervention. Die Niederschlagung des „Prager Frühlings“ zeigte, dass die Sowjets politische und später auch die wirtschaftlichen Reformen weder in Ungarn noch einem anderen Land des Ostblocks zulassen würden. Damit war klar, dass es kein Spielraum für etwaigen Reformen in den Satellitenstaaten der Sowjetunion gab.

Ende der 70er Jahre war es unübersehbar, dass die ungarische Wirtschaft – belastet durch die zweite Ölkrise 1979/80, die hohen Außenhandelsdefizite und die beachtliche

³ (Balassa 1970), S. 7.

⁴ Ebd., S. 13-16.

Auslandsverschuldung – kränkelte. Zu ihrer Gesundung wurden daher in den ausgehenden 70er Jahren neue Reformprogramme umgesetzt, die an die Reform von 1968 anknüpften.

Der ungarische Schuldenberg gegenüber dem Ausland wuchs jedoch bis 1982 auf mehr als 9 Milliarden USD; gleichzeitig schrumpften die Devisenreserven auf weniger als 0,5 Milliarden USD. Ungarn war praktisch zahlungsunfähig. In dieser Notlage wurde ein konsequentes Sparprogramm beschlossen: geplante Investitionen wurden gekürzt bzw. gestrichen, Preise erhöht und Importe beschränkt. Dieses Sparprogramm führte bis 1985 zwar zu einer gewissen wirtschaftlichen Konsolidierung, die vorhandenen Probleme konnten aber nicht gelöst, sondern nur vorübergehend verdeckt werden. Diese Austeritätspolitik litt unter den üblichen gesellschaftlichen Begleiterscheinungen: sozialen Abstieg weiter Teile der Bevölkerung bzw. eine Verschlechterung des allgemeinen Lebensstandards.⁵

1986 erreichte das staatliche Haushaltsdefizit eine neue Rekordhöhe. Der Export brachte nicht die erhofften Devisen und infolge der geringen Haushaltsmittel mussten dringend notwendige Investitionen unterbleiben. Erst nach Ablösung der alten politischen Eliten Mitte 1988 wurde unter dem neuen Parteivorsitzenden Károly Grósz und dem neuen Regierungschef Miklós Németh eine neue Wirtschaftspolitik skizziert. Ausdrückliches Ziel war die Einführung der Marktwirtschaft. Ihre Umsetzung konnte aber nur in Ansätzen verfolgt werden, weil sie von den politischen Ereignissen rasch eingeholt wurde.

2.3. Hohe Defizite führen zu Reformwellen

Zum Zeitpunkt der politischen Wende 1989 belastete eine enorme Staatsverschuldung die ungarische Wirtschaft. Sie betrug ca. 20 Mrd. USD und die Zins- und Tilgungsleistungen beanspruchten ca. 60% der Exporterlöse. Das Bruttoinlandsprodukt und die Reallöhne waren rückläufig, die Inflation stieg an und erreichte mit 17 % ein sehr hohes Niveau. Unter dem ersten frei gewählten Ministerpräsidenten József Antall (1990-1993) verschlechterte sich die wirtschaftliche Lage weiter.⁶ Das Bruttoinlandsprodukt setzte seinen Abwärtstrend fort, die Inflation kletterte 1991 auf 35%, das nationale Investitionsvolumen blieb niedrig.

Die Gründe für die hohe Verschuldung und Inflation waren vielfältig, jedoch zumeist auf das wirtschaftliche Erbe der Zeit vor der Wende zurückzuführen. Zusätzlich problematisch war, dass die Antall-Regierung die Privatisierung staatlich zentralisierte und damit ein neues staatsbürokratisches Machtzentrum schaffte, das der neuen politischen Machtelite

⁵ (Károly 2016).

⁶ (Vigvári 2008), S. 401.

Schlüsselpositionen in der Wirtschaft öffnete und den Weg für Korruption ebnete.⁷ In der Folge kam der Privatisierungsprozess nur schleppend voran; ausländische Investoren zogen bzw. hielten sich zurück, die Produktion in Industrie und Landwirtschaft war rückläufig. Gleichzeitig verabschiedete die Antall-Regierung 1991 das Gesetz XXV über den teilweisen Ausgleich von unrechtmäßigen Eigentumsverlusten der Bürger durch staatliche Institutionen. Konkret ging es dabei um Entschädigungszahlungen an Personen, deren Privateigentum durch die vom Staat nach dem 1. Mai 1939 erlassenen Gesetze geschädigt worden ist. Auf dieser gesetzlichen Grundlage wurden Entschädigungsbescheinigungen für Betroffene ausgestellt, welche bei einem Betrag bis zu 200.000 HUF zu 100% zurückgezahlt wurden.⁸ Nach dem frühen Tod von József Antall verloren die bürgerlichen Parteien die Wahl im Jahre 1994 und die Nachfolgepartei der Ungarischen Sozialistischen Arbeiterpartei (USAP) übernahm die Macht.

Die Ungarische Sozialistische Partei (USP) bildete mit dem linksliberalen Bund Freier Demokraten (BFD) die neue Regierung. Um einen drohenden Staatsbankrott abzuwehren, legte Ministerpräsident Gyula Horn (1994-1998) im März 1995 ein Austeritätspaket vor. Es beinhaltete u.a. eine schrittweise Abwertung der Landeswährung Forint (wegen des hohen Defizits in der Handelsbilanz) sowie Kürzungen bei den Sozialleistungen und Senkungen bei den Reallöhnen im öffentlichen Dienst. Korruptionsvorwürfe und die Unzufriedenheit mit der gesellschaftlichen Entwicklung spülte dann im Jahre 1998 wieder eine Parteienkoalition aus dem bürgerlichen Lager in die Regierungsverantwortung.

Die Wirtschaftspolitik der neuen Regierung unter Viktor Orbán (1998-2002) baute zunächst weitgehend auf dem Sparpaket der sozialistischen Vorgängerregierung.⁹ Bis zum Jahr 2000 wuchs die Wirtschaft wieder. Die Inflationsrate, die Arbeitslosigkeit und das Haushaltsdefizit nahmen ab.

Nachdem 2002 ein neues Kabinett aus Sozialisten und Linksliberalen unter Péter Medgyessy (2002-2004) gewählt wurde, stieg die Staatsverschuldung infolge des vorgelegten 100-Tage-Programms von 53% auf 82% des Bruttoinlandsprodukts. Das Reformprogramm wurde unter dem Deckmantel beschlossen, alte gesellschaftliche Ungerechtigkeiten auszumerzen und umfasste massive Lohnerhöhungen im Staatsdienst sowie Erhöhungen bei den Sozialausgaben, darunter die Auszahlung einer 13. Monatsrente. Die auf Medgyessy folgende sozialistisch-

⁷ Ebd., S. 402-403.

⁸ (1991. évi XXV. törvény a tulajdonviszonyok rendezése érdekében, az állam által az állampolgárok tulajdonában igazságtalanul okozott károk részleges kárpótlásáról 1991).

⁹ (Vigvári 2008), S. 403-407.

liberale Regierung unter Ferenc Gyurcsány (2004-2009) versuchte, durch ein rücksichtsloses Sparprogramm die horrenden Staatsverschuldung in den Griff zu bekommen.¹⁰

Allerdings gelangte im September 2006 eine parteiinterne Rede Gyurcsánys an die Öffentlichkeit. Gyurcsány klärte die Abgeordneten seiner Fraktion darüber auf, wie er und seine engeren Vertrauensleute die Öffentlichkeit jahrelang belogen hatten, um die jüngsten Parlamentswahlen zu gewinnen. Zusätzlich mahnte er an, dass nunmehr die gesamte sozial-liberale Regierung größte Mühe haben werde, all dies auch weiterhin geheim zu halten. Die ungarische Bevölkerung reagierte mit Wut und Empörung auf diese Veröffentlichungen. Das bürgerliche Lager rund um Fidesz und KDNP verließ künftig vor den Parlamentsauftritten Gyurcsánys die Sitzungen. Die angestaute Frustration der ungarischen Bürger entlud sich im Oktober 2006. Anlässlich der Feierlichkeiten zum 50. Gedenktage des Volksaufstandes 1956 kam es zu Massendemonstrationen gegen Gyurcsány, die teilweise durch brutale Polizeieinsätze niedergeschlagen wurden.¹¹ Gyurcsány, der ohnehin durch seine rücksichtslose Sozialpolitik erheblich an Sympathien eingebüßt hatte, musste 2009 als Ministerpräsident zurücktreten. Erst seinem Nachfolger, den von den Sozialisten gestützten Gordon Bajnai, gelang es mit Hilfe eines rigorosen Austeritätsprogramms, das Haushaltsdefizit zu stabilisieren und die Weichen für einen Weg aus der wirtschaftlichen Krise zu stellen.¹² Eine Koalition aus Fidesz und KDNP konnte bei den Parlamentswahlen 2010 aus der Opposition heraus eine Zweidrittelmehrheit der Mandate gewinnen.

2.4. Nationale Souveränität und Staatsverschuldung

Im Vergleich zu anderen Visegrád-Ländern hatte Ungarn eine hohe Staatsverschuldungsquote, was im Wesentlichen auf die hohe Kreditaufnahme unter den sozialistischen Ministerpräsidenten Gyurcsány (2004-2009) und Bajnai (2009-2010) zurückzuführen war. Das bürgerliche Lager hingegen zeichnet traditionell eine große Skepsis gegenüber einer hohen Staatsverschuldung aus, weil damit oft eine weitgehende Abhängigkeit von ausländischen Kreditgebern und letztlich eine Einschränkung der nationalen Souveränität verbunden ist. Die internationale Staatsschuldenkrise von 2008 und insbesondere das Beispiel Griechenland – vor allem die Einsetzung der „Troika“- war für die Ungarn ein gutes Beispiel möglicher negativen Konsequenzen durch eine Abhängigkeit von ausländischen Krediten.

¹⁰ Ebd., S. 408-409.

¹¹ (Deutsche Welle 2006).

¹² (Vigvári 2008), S. 409-410.

Im Jahr 2008 musste Ungarn bei der EU, der Weltbank und dem Internationalen Währungsfonds (IWF) Kredite in Höhe von 20 Mrd. EUR aufnehmen, um seinen Zahlungsverpflichtungen nachkommen zu können (höchstes Haushaltsdefizit in der EU). Zu den weiteren Verpflichtungen gehörten die Konsolidierung des Staatshaushalts und die Durchführung von Strukturreformen.¹³

Gleich nach seinem Amtsantritt 2010 erklärte Ministerpräsident Viktor Orbán (2010-) die drastische Senkung der Staatsverschuldung zum wichtigsten wirtschaftspolitischen Ziel (Széll Kálmán Plan).¹⁴ Die Aufnahme der Schuldenbremse in die neue ungarische Verfassung von 2011 ist Ausdruck dieser Priorisierung. In der zweiten Amtszeit von Ministerpräsident Orbán konsolidierte die Regierung den Staatshaushalt und verbuchte mit der vorzeitigen Tilgung der IWF-Kredite im Jahr 2013 einen ersten schnellen Erfolg.¹⁵ Die Ausgabenpolitik der ungarischen Regierung orientiert sich dabei an den EU-Maastricht-Kriterien: Haushaltsdefizit von maximal 3% und eine staatliche Verschuldung von höchstens 60% des BIP. Ungarns Haushaltsdefizit lag seit 2012 bis zur Corona-Krise immer unter 3%, die Staatsschuldenquote ist seit 2011 rückläufig und lag 2019 bei rund 68%.¹⁶

Die nachhaltige Finanzpolitik der letzten Jahre erlaubte es der Regierung zur Abfederung sozialer Härten und Ankurbelung der Wirtschaft zusätzlich finanzielle Mittel in den Corona-Jahren einzusetzen. Das BIP-Wachstums betrug 2021 rund 7% (EU-Durchschnitt 5,2 %¹⁷) und auch für 2022 ist der Aufwärtstrend erkennbar ungebrochen. Der Aufschwung wird weiter hauptsächlich von der Binnennachfrage getragen. Die Fortsetzung der beachtlichen Lohnerhöhungen, anhaltende Angebotsengpässe und großzügige Sozialtransfers werden jedoch den bereits hohen Inflationsdruck weiter verstärken, auch wenn weitere Zinserhöhungen den Forint weitgehend stabilisieren sollten. Mit dem zu erwartenden Zufluss von EU-Mitteln wird sich aber nicht nur der fiskalpolitische Spielraum der Regierung weiter verbessern.

3. Ungarn und die Recovery and Resilience Facility (RRF)

Nachdem das Europäische Parlament am 17. Dezember 2020 dem „Mehrjährigen Finanzrahmen (MFR) 2021-2027“ zugestimmt hatte, nahm der Europäische Rat die Verordnung zur Einrichtung des MFR an. Der reguläre Haushalt umfasst 1,074 Billionen EUR

¹³ (ZEIT 2009).

¹⁴ (Forkas 2011).

¹⁵ (FAZ 2013).

¹⁶ (IMF, Ungarn: Haushaltssaldo von 1996 bis 2022 und Prognosen bis 2028 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt 2023).

¹⁷ (Eurostat kein Datum).

und wird durch eine neue Form der kreditfinanzierten Ausgaben, den RRF/Wiederaufbaufonds (auch „Next Generation EU [NGEU]“ genannt), ergänzt. Dieser durch gemeinsame europäische Anleihen finanzierte Fonds umfasst 750 Mrd. EUR, womit sich der MFR auf insgesamt 1,824 Billionen EUR (Preise 2018) beläuft.¹⁸

Der MFR und der NGEU decken sieben Sektoren ab, darunter den Binnenmarkt, Innovation und Digitales, Kohäsion, Resilienz und Werte, natürliche Ressourcen und Umwelt, Migration und Grenzkontrolle, Sicherheit und Verteidigung, Nachbarschaft und Welt sowie die europäische öffentliche Verwaltung. Das Herzstück des NGEU ist die RRF, die insgesamt 723,8 Mrd. EUR (zu aktuellen Preisen) bereitstellen wird, um Reformen und Investitionen in den Mitgliedstaaten zu unterstützen. Ein Schwerpunkt liegt dabei auf der ökologischen und digitalen Transformation. Etwa 30 % der Gesamtausgaben von MFR und NGEU sind für klimabezogene Ausgaben vorgesehen.¹⁹ Aus dem regulären Haushalt 2021-2027 stehen Ungarn kohäsionspolitische Mittelzuweisungen in Höhe von 22,5 Mrd. EUR zu.

3.1. Politisierung der Verhandlungen

Ende 2020 blockierten zunächst Ungarn und Polen die Entscheidung für den MFR und damit das neue EU-Budget für die kommenden Jahre. Vor dem Hintergrund der anhaltenden Corona-Krise zogen sich die Verhandlungen über mehrere Wochen hin. Diese Entwicklung kam nicht überraschend, da beide Länder schon früh erklärten, dass sie grundsätzlich mit einer Verknüpfung von Rechtsstaatlichkeit an die Vergabe von EU-Mitteln (der sog. Rechtsstaatsmechanismus) nicht einverstanden seien. Das Europäische Parlament und der Rat, der die 27 Staaten vertritt, einigten sich schließlich mit den Regierungen von Ungarn und Polen auf einen Kompromiss. Dabei blieb der Text der Verordnung weitgehend unverändert, er wurde jedoch durch eine Zusage der Europäischen Kommission ergänzt, dass bevor nicht eindeutige Richtlinien vorlägen, keine Verfahren gegen einzelne Länder eröffnet würden. Ferner sollte der Europäische Gerichtshof (EuGH) zunächst darüber entscheiden, ob dieser Mechanismus im Einklang mit geltenden EU-Recht stehe.

Nach diesem Verfahren sollten Standards für die Pressefreiheit, die Unabhängigkeit der Justiz und der Wissenschaft und Forschung als Voraussetzung für den Erhalt von EU-Geldern erfüllt sein. Die Meinungen gingen und gehen dabei auseinander: Ungarn und Polen wollen sich nicht dazu „zwingen“ lassen, ihre Souveränität an die EU abzugeben oder sich von der EU nationales

¹⁸ (Europäischer Rat kein Datum).

¹⁹ (Europäische Kommission, Recovery Plan for Europe kein Datum).

Recht diktiert bekommen zu lassen; andererseits will die EU effektiver gegen die Veruntreuung von EU-Geldern und die Korruption in den Mitgliedsstaaten vorgehen.²⁰

Ungarn und Polen klagten wie angekündigt beim EuGH gegen die Klausel. Mitte Februar 2022 bestätigte der EuGH, dass eine Kürzung von EU-Geldern zwar möglich sei, aber er wies in seinem Urteil auf die engen Vorgaben für ein solches Verfahren hin. „Jeder Fall muss eine echte Verbindung zum Haushalt der EU aufzeigen“, betonte Justizkommissar Didier Reynders gegenüber dem Handelsblatt.²¹ Damit sind weitere Rechtsstreitigkeiten im Einzelfall schon heute absehbar. Die ungarische Justizministerin Judit Varga verurteilte die Entscheidung des EuGH auf Twitter mit dem massiven Vorwurf, dass das Urteil „politisch motiviert“ sei. Die Entscheidung sei ein Beweis für einen Machtmissbrauch des Gerichts. Im Mittelpunkt der Zurückhaltung der EU-Gelder stehe dabei, nach Meinung der Vertreter der ungarischen Regierung, das jüngst von der Nationalversammlung verabschiedete „Gesetz über Maßnahmen gegen Pädophilie und zum Schutz von Kindern“. Der ungarische EU-Abgeordnete Balázs Hidvéghi erklärte, dass das „Kinderschutzgesetz“ nur den Informationszugang der Kinder in Ungarn regle, denn diese dürften keiner Art von sexueller Propaganda ausgesetzt werden. Auf europäischer Ebene wurde das Gesetz scharf als homophob und diskriminierend kritisiert. Experten gehen davon aus, dass vor den Parlamentswahlen in Ungarn der Mechanismus nicht mehr zum Einsatz kommen wird, da dies ansonsten als Einmischung in die inneren Angelegenheiten Ungarns verstanden werden könnte. In diesem Kontext könnte die Verurteilung Polens durch den EuGH zu einer Geldbuße, die von den für das Land vorgesehenen EU-Mitteln abgezogen werden soll, ein wichtiger Präzedenzfall sein.

3.2. Verhandlungen zum MFR aus ungarischer Perspektive

Mitte des Jahres 2020 wurde in Ungarn eine Bürgerbefragung („Nationale Konsultation“) durchgeführt, die sich unter anderem mit Migration und Corona-Pandemie befasste. Die Ungarn wurden auch befragt, ob zur Überwindung der Corona-bedingten Wirtschaftskrise – wie von George Soros vorgeschlagen – „Ungarn sich auf unabsehbare Zeit verschulden“ solle. Konkret ging es dabei um die gemeinsame Kreditaufnahme der EU-Länder in Höhe von 750 Mrd. EUR für den Wiederaufbaufonds. Etwas weniger als 1,8 Mio. Menschen nahmen an der Befragung teil und die überwiegende Mehrheit (90%) schloss sich der Einschätzung der Regierung gegen eine Kreditaufnahme auf unabsehbare Zeit an. Das Ergebnis der Bürgerbefragung belegt

²⁰ (Germany Trade & Invest 2022).

²¹ (Handelsblatt 2022), S. 14 / Politik.

eindeutig die Unterstützung der Bevölkerung in einem wichtigen Bereich der Fiskalpolitik der Regierung. Auf diese Legitimierung wird gerade im internationalen Diskurs immer wieder verwiesen.²² Das Abstimmungsergebnis war ein wichtiger Beitrag zur Fortsetzung einer nationalen Politik der Reduzierung der Staatsverschuldung und finanziellen Abhängigkeiten.

In den letzten Jahren wurde u.a. systematisch ein Großteil der ausländischen Staatsschulden in nationale Anleihen umgewandelt. Darüber hinaus konnte die staatliche Schuldenzentrale Mitte September 2021 zu sehr günstigen Bedingungen Dollar Anleihen über 2,25 Mrd. mit einer Laufzeit von 10 Jahren und 2 Mrd. über eine Laufzeit von 30 Jahren an den Märkten platzieren. Die staatliche Kreditaufnahme in Forint ist weiterhin problemlos, was auch das Vertrauen der ungarischen Anleger in ihre Regierung zum Ausdruck bringt. Ein Ziel des staatlichen Finanzgebarens ist es, sich eigenständig und unabhängig vom EU-Haushalt zu finanzieren. Dies wird auch mit den zu erwartender geringerer EU-Mitteltransfers – aufgrund des Brexits und des beachtlichen nationalen Wirtschaftswachstums der letzten Jahre – begründet.

Die hohe Nachfrage nach ungarischen Staatsanleihen im In- und Ausland bestärkte die ungarische Regierung in ihrer Auffassung, sich gegen die Aufnahme von vergemeinschafteten Krediten im Rahmen des EU-Wiederaufbaufonds auszusprechen. Sie beantragte deswegen nur Zuschüsse, keine Kredite. Während sich viele europäische Länder sowohl für Darlehen als auch für Zuschüsse bewarben, stellte von den vier Visegrád-Ländern nur Polen einen Kreditantrag (12,1 Mrd. EUR).²³

In dem Förderzeitraum des vorherigen Finanzrahmens 2013 – 2020 erhielt Ungarn rund 25 Mrd. EUR aus dem EU-Haushalt. Ein sicherlich beachtlicher Betrag, der sich jedoch relativiert, wenn das BIP eines einzigen Jahres des Landes, z.B. 2019 von rund 144 Mrd. EUR, gegenübergestellt wird. Im Jahr 2018 betragen z.B. die Gesamtausgaben der EU in Ungarn 6,298 Mrd. EUR, dies entsprach 4,97 % der Wirtschaftsleistung des Landes. Der ungarische Gesamtbeitrag zum EU-Haushalt bezifferte sich auf 1,076 Mrd. EUR, dies entsprach 0,85 % der Wirtschaftsleistung des Landes. Ungarn war 2020, nach Polen, Griechenland und Rumänien, der viertgrößte Nettoempfänger von EU-Mitteln (4,85 Mrd. EUR)²⁴.

²² (Ungarische Regierung 2020).

²³ (Ungarn heute, Ungarns Wiederaufbauplan in Brüssel vorgelegt 2021).

²⁴ (Europäische Kommission, Europäische Union: Operative Haushaltssalden der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt im Jahr 2020 2021).

Ungarn will die 7,2 Mrd. EUR an Zuschüssen des NGEU-Fonds für wichtige Investitionsbereiche u.a. für:

- umweltfreundliche Entwicklung des Verkehrs, umfassende Entwicklung des Bildungssystems und Modernisierung des Gesundheitswesens,
- Förderung des Übergangs zu einer Kreislaufwirtschaft, Hilfe für die am meisten benachteiligten Gemeinden und für Umweltinitiativen,
- 3 Mrd. EUR für „Green Transition“, 1,7 Mrd. EUR für „Digitale Transformation“ und 2,6 Mrd. EUR „Sonstiger Bereich“²⁵,

ausgeben. Der „Sonstige Bereich“ ist in erster Linie für die Familienpolitik in Ungarn von besonderer Relevanz, da es sich dabei auch um Fördergelder für Familien (z.B. Steuererleichterungen) handelt.²⁶

Der Wiederaufbauplan von Ungarn wurde von der EU-Kommission bis dato noch nicht akzeptiert. Grundsätzlich sieht die Kommission bestimmte länderspezifische Voraussetzungen als nicht gewährleistet. Das Land soll daher diesbezüglich weitere Garantien zur ordnungsgemäßen Umsetzung der Gelder geben. Medienberichten zur Folge soll es hierbei vor allem um die richterliche Unabhängigkeit, die Arbeit der Staatsanwaltschaft und den uneingeschränkten Zugang zu Informationen gehen. Die detaillierten Leitlinien zur Anwendung des Instruments wurden von der EU-Kommission erst Anfang März vorgelegt.

Abschließend bleibt festzuhalten, dass die ungarische Regierung sich einer Politik des Abbaus der staatlichen Verschuldung und einer Haushaltkonsolidierung – trotz der besonderen Herausforderungen wegen den Corona-bedingten hohen Staatsausgaben – weiter verpflichtet fühlt. Sie steht einer Ausweitung der gemeinsamen Haftung für Kredite von EU-Institutionen ablehnend gegenüber. Für Wachstumsimpulse der Wirtschaft kann der ungarische Staat, neben den EU-Geldern, die Kreditaufnahme im In- und Ausland ausweiten oder auf Wirtschaftskredite ausländischer Staaten zugreifen. Aufgrund des zu erwartenden ungarischen Wirtschaftswachstums im nächsten Jahrzehnt und der Zunahme ausländischer Direktinvestitionen ist ein stetiger und signifikanter Rückgang des Anteils der EU-Mittel am ungarischen Bruttosozialprodukt zu erwarten.

²⁵ (Ungarn heute, Ungarns Wiederaufbauplan in Brüssel vorgelegt 2021).

²⁶ (Ungarn heute, Familien erhalten 2021 volle Einkommenssteuer zurück 2021).

Literaturverzeichnis

- „1991. évi XXV. törvény a tulajdonviszonyok rendezése érdekében, az állam által az állampolgárok tulajdonában igazságtalanul okozott károk részleges kárpótlásáról.“ 1991. <https://net.jogtar.hu/jogszabaly?docid=99100025.tv>.
- Ackermann, Rainer. „Anleger vertrauen Ungarn.“ *Budapester Zeitung*. 17. September 2021. <https://www.budapester.hu/wirtschaft/anleger-vertrauen-ungarn/>.
- Balassa, Bela. „The Economic Reform in Hungary.“ *Economica, New Series*, 1970: S. 1-22.
- Deutsche Welle. „Viele Verletzte bei Demonstrationen in Ungarn.“ 24. Oktober 2006. <https://www.dw.com/de/viele-verletzte-bei-demonstrationen-in-ungarn/a-2212754>.
- Europäische Kommission. „Europäische Union: Operative Haushaltssalden der Mitgliedstaaten im EU-Haushalt im Jahr 2020.“ *statista*. September 2021. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/38139/umfrage/nettozahler-und-nettoempfaengerlaender-in-der-eu/>.
- . „Europäische Union: Prognose zum Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts (BIP) in den Mitgliedstaaten von 2020 bis 2024.“ *statista*. Mai 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/159507/umfrage/prognose-zur-entwicklung-des-bip-in-den-laendern-der-eurozone/>.
- . *Recovery and Resilience Facility*. kein Datum. https://ec.europa.eu/info/business-economy-euro/recovery-coronavirus/recovery-and-resilience-facility_en.
- . *Recovery Plan for Europe*. kein Datum. https://ec.europa.eu/info/strategy/recovery-plan-europe_en.
- Europäischer Rat. *Langfristiger EU-Haushalt 2021-2027 und Aufbaupakte*. kein Datum. <https://www.consilium.europa.eu/de/policies/the-eu-budget/long-term-eu-budget-2021-2027/>.
- Eurostat. *Quarterly national accounts - GDP and employment*. kein Datum. https://ec.europa.eu/eurostat/statistics-explained/index.php?title=Quarterly_national_accounts_-_GDP_and_employment.
- FAZ. *Ungarn zahlt IWF-Kredit vorzeitig zurück*. 12. August 2013. <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/konjunktur/freie-hand-fuer-orban-ungarn-zahlt-iwf-kredit-vorzeitig-zurueck-12528343.html>.
- Fischer, Holger. *Eine kleine Geschichte Ungarns*. Bd. Edition Suhrkamp 2114. Frankfurt am Main: Suhrkamp, 1999.
- Forkas, Zoltán. „Ungarn und die Euro- und Finanzkrise.“ *Friedrich-Ebert-Stiftung*. Dezember 2011. <https://library.fes.de/pdf-files/id/08730.pdf>.

Germany Trade & Invest. „Starke Wachstumsdynamik.“ 2022. <https://www.gtai.de/gtai-de/trade/wirtschaftsumfeld/wirtschaftsausblick/ungarn/rueckkehr-zum-kraeftigen-wachstum-239308>.

Handelsblatt. „Politik.“ *Heft 36*, 21. Februar 2022.

IMF. „Ungarn: Haushaltssaldo von 1996 bis 2022 und Prognosen bis 2028 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.“ *statista*. April 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/272793/umfrage/haushaltssaldo-von-ungarn-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>.

—. „Ungarn: Staatsverschuldung von 1996 bis 2022 und Prognosen bis 2028 in Relation zum Bruttoinlandsprodukt.“ *statista*. April 2023. <https://de.statista.com/statistik/daten/studie/272771/umfrage/staatsverschuldung-von-ungarn-in-relation-zum-bruttoinlandsprodukt-bip/>.

Károly, Gábor. „Még mindig a Kádár-rendszer hiteleit nyögjük.“ *Origo*. 19. Februar 2016. <https://www.origo.hu/gazdasag/20160208-allamadossag-kulso-adossag-deviza-jegybank-hitel-szabo-gergely.html>.

Keresztes, Lajos. „Ungarn unter Druck.“ *Konrad-Adenauer-Stiftung*. Februar 2009. https://www.kas.de/c/document_library/get_file?uuid=34e25055-f107-b72d-e4d3-dbbcbde88d&groupId=252038.

Központi Statisztikai Hivatal (KSH). „Bruttó államadósság a GDP arányában.“ kein Datum. <https://www.ksh.hu/ffi/4-5.html>.

Nemschak, Franz. „Die wirtschaftliche Lage Ungarns.“ *Beilage Nr. 3 zu den Monatsberichten des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung. Bd. XX Nr. 11.* 25. November 1947. <https://www.wifo.ac.at/bibliothek/archiv/MOBE/1947Heft11Beil03.pdf>.

OECD. „Hungary Economic Snapshot.“ kein Datum. <https://www.oecd.org/economy/hungary-economic-snapshot/>.

Statistisches Bundesamt (Destatis). „Ungarn: Statistisches Länderprofil.“ 28. Juli 2023. https://www.destatis.de/DE/Themen/Laender-Regionen/Internationales/Laenderprofile/ungarn.pdf?__blob=publicationFile.

Sundhaussen, Holm. „Die Vorbereitung der sozialistischen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Ungarn 1945-1948.“ *Jahrbücher für Geschichte Osteuropas, Neue Folge* 28.4 (1980): S. 547-589.

Ungarische Regierung. „A KORONAVÍRUSRÓL SZÓLÓ KONZULTÁCIÓ EREDMÉNYEI.“ *Kormany.hu*. 8. Oktober 2020. <https://kormany.hu/hirek/a-koronavirusrol-szolo-konzultacio-eredmenyei>.

Ungarn heute. *Familien erhalten 2021 volle Einkommenssteuer zurück*. 11. Juni 2021.

<https://ungarnheute.hu/news/budapost-familien-erhalten-2021-volle-einkommenssteuer-zurueck-24016/>.

—. *Ungarns Wiederaufbauplan in Brüssel vorgelegt*. 13. Mai 2021.

<https://ungarnheute.hu/news/ungarns-wiederaufbauplan-in-bruessel-vorgelegt-49373/>.

Vigvári, András. „Ungarns wirtschaftliche Entwicklung 1990–2007.“ *Ungarn Jahrbuch Bd. 29*. 2008.

http://epa.oszk.hu/01500/01536/00029/pdf/EPA01536_ungarn_jahrbuch_29_397-410.pdf.

Wirtschaftskammer Österreich. „Länderprofil Ungarn.“ August 2023.

<https://wko.at/statistik/laenderprofile/lp-ungarn.pdf>.

ZEIT. „20 Milliarden Hilfe für Ungarn.“ 4. Mai 2009.

https://www.zeit.de/online/2008/44/finanzkrise-ungarn?utm_referrer=https%3A%2F%2Fwww.google.com%2F.



DEUTSCH-UNGARISCHES INSTITUT
FÜR EUROPÄISCHE ZUSAMMENARBEIT

Impressum

Von: Kristóf Schlegl, Forschungsassistent

Deutsch-Ungarisches Institut für Europäische Zusammenarbeit

Direktor: Bence Bauer LL.M.

Büro: 1113 Budapest, Tas Vezér u. 3-7

Postadresse: 1518 Budapest, Pf. 155

Web: <https://www.deutsch-ungarisches-institut.hu/>

E-Mail: mni@mcc.hu